

WACHSEN STATT WUCHERN HAMBURG – METROPOLE MIT ZUKUNFT



SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK HAMBURG E.V.

WACHSEN STATT WUCHERN: HAMBURG - METROPOLE MIT ZUKUNFT

Argumente der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Hamburg



Hamburg stellt sich dem Wettbewerb

Hamburg mit seiner langen Tradition als Hafen- und Handelsstadt verfügt über viele internationale Verbindungen und hohes Ansehen in aller Welt. Die Stadt gilt als attraktive Metropole mit überdurchschnittlicher hoher Wirtschaftskraft und Lebensqualität.

Im Zeitalter der Globalisierung ist aber auch der Wettbewerb unter den Metropolen härter geworden. Einmal erreichte Positionen sind nicht mehr garantiert, sondern müssen immer wieder neu erarbeitet und gesichert werden. Deshalb muss sich Hamburg immer wieder mit anderen Metropolen vergleichen, sich an ihnen messen und messen lassen. Übertriebene Selbstzufriedenheit kann die Zukunftschancen gefährden.

Wenn Hamburg seinen Bürgern hochqualifizierte Arbeit und hohe Einkommen bieten und seiner Jugend die Zukunft sichern will, müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um Hamburg im Wettbewerb der europäischen Metropolen zu stärken. Dies war das Ziel sozialdemokratischer Regierungspolitik in Hamburg und bleibt auch weiterhin Ziel für sozialdemokratische Politik in der Opposition. In der Studie des Unternehmensberaters McKinsey „Hamburg Vision 2020“ wird als strategisches Ziel formuliert,

- Hamburg müsse zur Gruppe der dynamischen europäischen Metropolen wie Kopenhagen und Rotterdam gehören und
- die Stadt müsse ehrgeizige Ziele in den Bereichen Wirtschaftswachstum, Gewinnung von Spitzenkräften und Internationalität verfolgen.



Architektur und Gebäudetypen müssen sich an veränderte Wohnbedürfnisse der Bevölkerung anpassen



Grenzenlose Mobilität? Hamburg muss neue Antworten auf die Forderungen der mobilen Gesellschaft finden



Die Revitalisierung ehemaliger Hafenflächen bietet Chancen für das Wachstum neuer Branchen

Dem können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uneingeschränkt zustimmen.

Wir wissen, dass Hamburg als Metropole im europäischen und weltweiten Wettbewerb nur als Region gemeinsam mit seinem Umland attraktiv und wettbewerbsfähig ist. Deshalb wollen wir keine kleinkarierte Konkurrenz, sondern gute Kooperation mit dem Umland und den Nachbarländern.

Hamburg ist eine wachsende Stadt

Der Senat hat die Forderung formuliert, Hamburg müsse eine „Wachsende Stadt“ sein und ein Arbeitspapier zu einer Reihe von Themenfeldern vorgelegt. Die meis-

ten Elemente dieses Arbeitspapiers können aus sozialdemokratischer Sicht unterstützt werden; sie sind letztlich nichts anderes als die Fortsetzung der Politik der sozialdemokratisch geführten Senate. So ist es auch weiterhin von zentraler Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Stadt, dass

- mehr Möglichkeiten für junge Familien geschaffen werden müssen, in Hamburg Wohneigentum zu erwerben und damit die Umlandabwanderung zu reduzieren,
- ausreichend geeignete Flächen für Wohnen und Wirtschaft bereitgestellt werden müssen,
- zum Beispiel Luftfahrtindustrie, Medienwirtschaft, Hafen und Logistik wirtschaftliche Schwerpunktbe-



reiche/„Cluster“ darstellen, in denen Hamburg weiterhin seine Zukunftschancen suchen muss,

- wichtige Infrastrukturprojekte vorangetrieben werden müssen, zum Beispiel die Hafenuferspannung und eine weitere Elbvertiefung.

In allen diesen Punkten enthält das Senatspapier wenig Neues; vor allem trifft es aber nicht zu, dass Hamburg eine wachsende Stadt erst noch werden müsse.

Denn tatsächlich war und ist Hamburg seit 15 Jahren eine wachsende Stadt:

- Die Einwohnerzahl Hamburgs ist von 1,594 Mio. im Jahr 1987 auf 1,727 Mio. im Jahr 2001 gewachsen und hat sich damit besser entwickelt als in allen anderen großen deutschen Städten.
- Das Wirtschaftswachstum in Hamburg ist über die letzten Jahre immer höher gewesen als im Bundesdurchschnitt. Das ist auch Ausdruck einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die die strukturellen Anpassungsprozesse unterstützt hat und wichtige Zukunftsbereiche wie zum Beispiel die Luftfahrtindustrie aktiv gefördert hat.

Der neue Senat wird sich daran messen lassen müssen, ob er es in gleicher Weise schafft, für Hamburg in den kommenden Jahren eine überdurchschnittlich gute Entwicklung zu gewährleisten.

Metropole Hamburg: Lebenswert und attraktiv

Die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit einer Metropole misst sich aber nicht allein an Wachstumsraten, Einwohnerzahlen, Gewerbeflächen und Straßenkilome-



Außenalster

tern. Solche Überlegungen des Senats zur wachsenden Stadt sind eindimensional und nehmen vor allem die Themen auf, die Wirtschaftsverbänden und Kammern am Herzen liegen.

Hamburg wird aber als Metropole nicht stärker, wenn es versucht, mehr von dem zu bieten, was andere Städte auch anbieten können. Hamburg muss seine besonderen Stärken zur Geltung bringen. Neben wirtschaftlichen Schwerpunkten sind dies insbesondere die Internationalität und Weltoffenheit der Stadt, aber auch die Urbanität, die Lebensqualität, der nachbarschaftliche Zusammenhalt und die Vielfalt innerhalb der Stadt.

Diese qualitativen Gesichtspunkte gleichrangig aufzunehmen und in eine nachhaltige Strategie einzubinden, stärkt die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Metropole nach außen. Gleichzeitig macht es die Stadt von innen heraus stärker, weil die Menschen in der Stadt „mitgenommen“ werden. Gerade die Olympiabewerbung zeigt, wie wichtig es ist, dass auch nach außen alle Bürger der Stadt an einem Strang ziehen und

sich für die Stadt einsetzen, weil sie wissen, dass auch ihre Interessen einbezogen werden.

Sozialdemokratische Stadtpolitik ist deshalb breiter angelegt als die Politik des derzeitigen Senats. Hamburg muss attraktiv bleiben für Menschen aus Deutschland, Europa und der Welt und seine Attraktivität noch steigern.

Und zur gleichen Zeit muss Hamburg die Lebensverhältnisse in der Stadt so gestalten, dass die Menschen gern in Hamburg bleiben. Hamburg als lebenswerte und attraktive Metropole weiter zu profilieren, erfordert ein umfassendes Konzept für

- die Internationalität und Weltoffenheit der Stadt,
- Weltmarktorientierung und inter-

nationale Strahlkraft,

- Chancengleichheit und Leistung im Bildungssystem,
- starke, vielfältige und lebendige Stadtteile,
- ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot,
- eine nachhaltige Flächenpolitik,



- eine großstadtgerechte Verkehrspolitik,
- die Gestaltung und Erhaltung des öffentlichen Raums,
- eine Stärkung der Bezirke als bürgernahe Verwaltung und
- verbesserte Möglichkeiten der Bürgermitwirkung.

Eine derart breit angelegte Strategie der Attraktivitätssteigerung ist gleichzeitig der beste Weg, um Abwanderungen und Bevölkerungsverluste an das Umland zu verhindern. Befragungen haben gezeigt, dass die Wanderungsverluste nur zum kleineren Teil wegen des angestrebten Wohneigentums erfolgen; Defizite in der Stadtqualität, Mängel an Grün- und Freiflächen, Verkehrsbelastung und Lärm, soziale Heterogenität der Wohnbevölkerung, Verlust an Nachbarschaft und mangelnde Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder werden überwiegend als Wandermotive genannt.

In der Tradition der Stadtentwicklungspolitik der sozialdemokratisch geführten Senate muss es deshalb Ziel der Politik sein, vorhandene Defizite - soweit es in einer Großstadt möglich ist - abzubauen, um einerseits weiterhin die „Flucht“ aus den innerstädtischen Quartieren einzudämmen und deren heterogenen Bevölkerungsstrukturen zu erhalten und sie andererseits für neue Bewohner attraktiv zu machen.

Eine Steigerung der Einwohnerzahl ist kein Ziel an sich; wenn Hamburg aber zukunftssichere Arbeitsplätze schafft und für Attraktivität und Lebensqualität in der Stadt sorgt, dann wird Hamburg auch in Zukunft eine bessere Einwohnerentwicklung verzeichnen als der Durchschnitt von Ländern und Gemeinden.



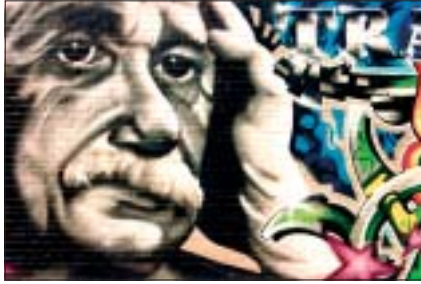
Internationalität nach außen und nach innen

Internationalität ist traditionell eine Stärke Hamburgs; diese Position ist aber nicht unangefochten. Das zeigt sich an Einzelfaktoren, wie zum Beispiel der Zahl ausländischer Studierender, bei der Hamburg keine Spitzenposition einnimmt. Internationalität darf auch nicht auf Städtemarketing und Tourismusförderung reduziert werden. Die Nagelprobe für wirkliche Internationalität, Weltoffenheit und Liberalität ist der Umgang mit den ausländischen Staatsangehörigen, auch und wenn sie in Deutschland leben und arbeiten. Hier hat eine Stadt, in der ein Richter Schill mit Ressentiments gegen Ausländer zum Innensenator werden konnte, offenkundig Nachholbedarf. Deshalb ist eine wirksame Integrationspolitik unverzichtbares Element jedes Konzepts zur Zukunftssicherung der Stadt.

Weltmarktorientierung und internationale Strahlkraft

Die Internationalität ist auch die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Hansestadt. Schon aufgrund

seiner Lage ist Hamburg mehr als andere Metropolen auf eine klare Orientierung am Weltmarkt angewiesen. Wettbewerbsfähige Industrien wie Flugzeugbau und Werften, ein international orientierter Dienstleistungssektor mit Logistik und Welthandel und eine bedeutende Medienwirtschaft: Das sind die Stärken, auf die Hamburg auch in Zukunft setzen muss. Wenn der neue Senat an die erfolgreiche Wirtschaftspolitik sozialdemokratisch geführter Senate anknüpft, werden wir das auch als Opposition unterstützen.



Hamburg hat internationale Ausstrahlung. Um seine Attraktivität zu bewahren und zu entwickeln, muss Hamburg auch in der Stadtentwicklung, im kulturellen Leben, im Sport und als touristisches Ziel auf Projekte setzen, die eine Strahlkraft auf europäischer und internationaler Ebene haben. Die HafenCity und die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2012 sind solche Projekte, die von Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung maßgeblich initiiert und weiterhin nachdrücklich unterstützt werden.

Chancengleichheit und Leistung

Hamburg muss die besten Köpfe für sich gewinnen und die besten Köpfe hervorbringen. Der Senat geht in der Bildungspolitik einen Irrweg und gibt die falschen Antworten auf PISA. Wir brauchen ein Bildungssystem,



das nicht selektiert, sondern fördert und fordert. Wir wollen, dass 50 % eines Jahrgangs Abitur machen und 40 % ein Studium aufnehmen. Nie-

mand soll die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Chancengleichheit und wirtschaftliche Prosperität sind keine Gegensätze. Wir können auf kein Talent verzichten. Nur wer die Potentiale unserer Kinder und Jugendlichen ausschöpft, schafft auch die Voraussetzungen für eine wirtschaftlich starke Stadt. Abschaffung der Lernmittelfreiheit und hohe Einsparverpflichtungen für den Schulbereich sind Risiken für die Zukunft der Stadt und gefährden die Chancen der Jugend.

Starke, vielfältige, lebendige Stadtteile

Eine starke und lebenswerte Metropole braucht vor allem starke, vielfältige und lebendige Stadtteile, denn Bürger und Wirtschaft leben und arbeiten in den Stadtteilen; die Lebensqualität wird zunächst durch den Stadtteil geprägt.

Dort sind die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in der Bundesrepublik vollziehen, am deutlichsten zu erkennen: der demografische Wandel, die Veränderung der Haushaltsstrukturen, der Umbau der Arbeitswelt, Wertewandel, Veränderung der Sozialstruktur, Polarisierung und Fragmentierung der Stadtgesellschaft.

Mit diesen Entwicklungen muss eine Stadtentwicklungspolitik aktiv umgehen. Sie muss versuchen, ihre

negativen Wirkungen auszugleichen und wo nötig ihnen entgegenwirken. Dabei ist besonderes Augenmerk auf die innerstädtischen Quartiere zu richten, die von derartigen Entwicklungen zuvorderst betroffen sind und gleichzeitig das außen wie innen wahrgenommene Bild von Hamburg als attraktivem Wohn- und Wirtschaftsstandort prägen. Insofern wird der Entwicklung der innerstädtischen Quartiere in den kommenden Jahren eine besondere Bedeutung beikommen.

Diese Quartiere müssen auch künftig für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv bleiben und Wohnangebote für die verschiedenen Lebenssituationen anbieten. Dies gebietet nicht nur das Ziel der weitgehenden Vermeidung einer Fragmentierung der sozialen Strukturen, sondern auch die sinnvolle Nutzung der in den innerstädtischen Quartieren bereits vorhandenen Infrastruktur (Nahversorgung, verkehrliche Anbindung, Schulen, Kindertages- und Senioreneinrichtungen, Kultureinrichtungen usw.), die in Neubaugebieten am Stadtrand erst aufwändig neu geschaffen werden muss.

Genauso kommt es darauf an, auch Mümmelmannsberg, Steilshoop, Neuwiedenthal, Heimfeld, Osdorfer Born, Bergedorf-West und Lohbrügge-Nord – um nur einige Quartiere beispielhaft zu nennen – auf die Reise mitzunehmen, den sozialen Ausgleich zu schaffen und die Lebensqualität zu steigern.

Gut erreichbare Einkaufszentren für die Nahversorgung sind ein wichtiges Stück Lebensqualität für die Bürger. Die Stadtplanung muss gezielt auf eine Stärkung dieser örtlichen Zentren hinwirken und bei der Ansiedlung von Discountern und Verbrauchermärkten eine Schwächung der Nahversorgungszentren vermeiden.

Ziel der Quartierspolitik ist die Herstellung intakter



Stadtteulfeste bieten Auftrittsmöglichkeiten auch für unbekanntere Künstler. Niedrige Gebühren für Kulturangebote wirken unerwünschter Kommerzialisierung entgegen.

Nachbarschaftsbeziehungen und die Förderung der Identifikation mit dem Quartier.

Entscheidungen vor Ort treffen

Wenn die Quartiere eine Schlüsselrolle in der Stadtentwicklung spielen, müssen auch entsprechende Entscheidungsstrukturen geschaffen werden. Der neue Senat hat erklärt, er wolle die Bezirke als Gestalter der Politik vor Ort, stärken. In Wirklichkeit tut er das Gegenteil, indem er Zuständigkeiten von den Bezirken, zum Beispiel im Bereich der Liegenschaftsverwaltung, abzieht. Wir wollen diesen Trend wieder umkehren:

- Wir wollen, dass Bürger und örtliche Wirtschaft die

meisten Dinge vor Ort in den Bezirken erledigen können. Deshalb soll die Zuständigkeit für Wirtschaftsförderung bei kleinen und mittleren Unternehmen grundsätzlich bei den Bezirken liegen. Ziel ist eine kundenorientierte und unternehmensnahe Dienstleistung mit umfassenden Kompetenzen zur Unterstützung von Gründung und Investitionen. Damit können die Rahmenbedingungen und Zukunftschancen für kleine und mittlere Unternehmen wesentlich verbessert werden.

- Mehr Handlungsmöglichkeiten für die Bezirke helfen, die Wirtschaftsstruktur in den Quartieren zu stärken. Die städtischen Gesellschaften wie die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) können wichtige Beiträge für die Quartiersentwicklung leisten.
- Mit der Wirtschaftsförderung wollen wir auch gezielt die Stadtentwicklung vorantreiben, damit Wachstum, Investitionen, Infrastruktur und Arbeitsplatzeffekte möglichst allen Bürgern zugute kommen. Dazu wollen wir die Kompetenzschwerpunkte (Cluster) der Hamburger Wirtschaft in bezirkliche Entwicklungspläne integrieren.
- Gerade in benachteiligten Quartieren mit hoher Arbeitslosigkeit können niedrigschwellige Modelle des zweiten Arbeitsmarktes Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren. Auch im Zusammenhang mit dem kommunalen Ordnungsdienst sollen Modelle wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Stadt eingesetzt werden.
- Mit dem Hartz-Konzept wird die Bedeutung der Arbeitsvermittlung gestärkt. Arbeitsvermittlung kann

aber nur vor Ort und bei guter Kenntnis der örtlichen Wirtschaftsstruktur erfolgreich sein. Deshalb muss eine Dezentralisierung der Arbeitsvermittlung und gegebenenfalls auch der neuen Personalserviceagenturen für Zeitarbeitnehmer erfolgen.

- Generell muss die Qualität öffentlicher Dienstleistungen vor Ort weiter verbessert werden. Dazu müs-



Beispiel für die neue Nutzung ehemaliger Industrieflächen für mittelständische Existenzgründer: ehemalige „Kühne“-Fläche

sen die in den Bezirken vorhandenen Kundenzentren weiter ausgebaut und durch eine zusätzliche Bündelung der Aufgaben Ansprechpartner für alle wesentlichen Anliegen der Bürger werden.

Nachhaltige Flächenpolitik

Die Bereitstellung von ausreichend Flächen für Wirtschaft und Wohnen ist eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und für eine

quantitativ und qualitativ ausreichende Wohnungsver-sorgung.

Gleichzeitig werden dabei in einem dichten Siedlungs-raum immer wieder Konflikte zwischen den verschie-denen Nutzungsarten (Industrie, Gewerbe, Wohnen, Freizeit, Erholung) auftreten. Der Senat entwickelt hier-zu wenig Problembewusstsein. Während die Koalitions-parteien in der Vergangenheit als Opposition in den Bezirken vielfach die Bebauung von geeigneten Flächen mit populistischen Argumenten verhindern wollten, tun sie jetzt so, als gebe es diese Konflikte nicht und sie könnten unbegrenzt Flächen zur Verfügung stellen.

In seiner so genannten ersten Tranche hat der Senat tatsächlich nur zehn Flächen benannt, die alle auf Pla-nungen der Vorgängersenate beruhten, aus guten Grün-den aber zunächst noch auf Akzeptanz und Umwelt-verträglichkeit hin untersucht werden sollten. Diese Flächen sind jetzt ohne eine solche weitere Überprü-fung zum Teil gegen den Willen der Bürger und gegen die Bezirksversammlungen ins Gespräch gebracht wor-den, so dass schließlich nur die Ausübung des Evoka-tionsrechts durch den Senat eine Nutzung der Flächen gegen den formierten Bürgerprotest überhaupt erst mög-lich macht. Neue, eigene Planungen und ein Problem-bewusstsein für die divergierenden Interessen sind nicht einmal im Ansatz erkennbar, stattdessen fordert das Senatshandeln und das Lancieren weiterer Flächen mit auf dem Fuße folgenden Dementis aus Fachbehörden ein auf Misstrauen begründetes Protestverhalten der Bürgerinnen und Bürger geradezu heraus, was viele künf-tige Bauvorhaben unnötig erschweren wird. Wer lang-fristig die Entwicklungschancen für Hamburg sichern will, muss mit den vorhandenen Flächen sorgsam umge-hen, darf aber auch keine Flächenpotentiale verschen-

ken. Erforderlich ist die zügige Einleitung einer Diskus-sion über eine gesamtstädtische und längerfristig ange-legte Flächenpolitik, die im Dialog mit den Bezirken und den Bürgern Vertrauen wieder herstellen sowie verträgliche und nachhaltige Nutzungskonzepte entwi-ckeln und konkretisieren muss.

Ausgewogene Verkehrspolitik

Hamburg braucht gute Verkehrsverbindungen: Inter-national, europäisch, national, in der Region und in der Stadt. Ein funktionsfähiges Verkehrssystem ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft.

Gleichzeitig wird die Lebensqualität einer Stadt und besonders der innerstädtischen Quartiere stark vom Ver-kehrsaufkommen und von Verkehrsbelastungen beein-flusst. Dies führt in der Praxis immer wieder zu Konf-likten, die im Einzelfall schwierige Abwägungsprozesse erfordern. Der neue Senat hat den Eindruck erweckt, er könne die Probleme des Individualverkehrs in der



Reihenhausprojekte wie auf dem ehemaligen „Kleiderkammer“-Gelände in Flottbek werden in Hamburg stark nachgefragt. Die Grundstückskosten sind niedriger als bei Einzelhäusern.

Stadt lösen. Mit dieser Politik ist er kläglich gescheitert: es gibt mehr Staus als je zuvor.

Sozialdemokraten treten für eine Verkehrspolitik ein, die die Belastungen für die Menschen als Verkehrsteilnehmer möglichst gering hält. Ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik muss künftig beim Erhalt und Ausbau der vorhandenen Infrastruktur liegen, nicht bei der Anlage neuer Straßen. Durch die Aufgabe des Projektes einer Stadtbahn zugunsten einer teuren U-Bahn-Lösung verschwendet der neue Senat nicht nur Steuergelder in dreistelliger Millionenhöhe, sondern gefährdet auch den Ausbau weiterer Projekte des Öffentlichen Personennahverkehrs. Der Ausbau des ÖPNV muss aber Priorität genießen.

Wenn neue Straßen gebaut werden, ist zunächst der bedarfsgerechte Ausbau der Tangentialverbindungen voranzutreiben. Tempo-30-Zonen haben sich innerhalb von Quartieren bewährt und müssen dort erhalten bleiben. Auf Hauptverkehrsstraßen ist durch intelligente Systeme der Verkehrsfluss zu verbessern, ohne das Tempo auf 60 km/h zu erhöhen.

Wohnraum für alle Bedarfe

Wohnen ist eine der zentralen Grundfunktionen des menschlichen Lebens. Die Wohn- und Wohnumfeldqualität entscheidet in hohem Maße über die Lebens-



Die siebenjährige Nina wünscht sich mehr Sicherheit im Verkehr für Kinder.

qualität. Eine soziale Wohnungspolitik wird deshalb sowohl eine ausreichende quantitative Wohnraumversorgung sicherstellen, wie auch eine Verbesserung der Wohnqualität anstreben. Eine besondere Aufgabe besteht darin, bedarfsgerechte Wohnungen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Lebensabschnitten und Lebenszusammenhängen anzubieten. Eine ausgewogene Politik muss ein breites Spektrum an Wohnraumangeboten eröffnen, von der Sozial- bis zur Eigentumswohnung und Genossenschaftswohnung, von der altengerechten Wohnanlage über den innerstädtischen Geschosswohnungsbau bis zum Eigenheim.

Eine gezielte Wohnungsbaupolitik - verzahnt mit einer verantwortungsvollen Stadtteilentwicklungspolitik - muss dem Trend zur Trennung sozialer Milieus in den Quartieren - ethnischer Gruppen und verschiedenener Generationen - entgegenwirken. Dazu gehört auch, Sozialwohnungen wieder einer breiteren Einkommenschicht zu öffnen. Deshalb sind alle Möglichkeiten, die das novellierte Wohnraumförderungsgesetz bietet, zu nutzen. Für Hamburg kommt es darauf an, die Einkommensgrenzen nicht nur um 20 Prozent wie vom Senat beschlossen, sondern um 60 Prozent zu erhöhen. Dadurch wird es gering verdienenden Schwellenhaushalten wieder möglich, eine Sozialwohnung zu bekommen. Den Stadtteilen mit einem hohen Sozialwohnungsanteil verhilft diese Erhöhung mittelfristig zu einer stärkeren Durchmischung.



Kommunale Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und wirkt sich in vielen Politikfeldern praktisch aus. Bezahlbarer Wohnraum rangiert bei vielen Familien an oberster Stelle.

Nachdem größere Wohnungen aufgrund des steigenden Bedarfs an Wohnfläche pro Person nicht immer in ausreichender Zahl bereit stehen, ist die Schaffung familiengerechten Wohnraums in den innerstädtischen Quartieren auch im Bestand wichtig. Nur so kann dem Wegzug junger Familien in Neubaugebiete in Stadtrandlagen oder aus der Stadt heraus entgegengewirkt werden. Dabei ist auch den speziellen Bedürfnissen der Familien mit Kindern nach Freiräume, Spiel- und Grünflächen Rechnung zu tragen.

Aber auch auf neue Wohnanforderungen der älteren Generation ist durch entsprechende Angebote zu reagieren. Deshalb ist eine Reduzierung der Wohnraumförderung insbesondere für Neubauten - wie sie der neue Senat betreibt - nicht nur für eine wachsende Stadt der falsche Weg.

Die steigenden Anforderungen an Wohnfläche und –standards bedürfen vielmehr zusätzlicher Anstrengungen, um durch Neubau aber auch durch Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Bestand, den Ansprüchen breiter Bevölkerungsschichten gerecht werden zu können.

Wohlfühlen im öffentlichen Raum

Eine wichtige Rolle für die Wohnqualität der innerstädtischen Quartiere spielen die Nutzbarkeit und die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes sowie funktionale Wegebeziehungen für Fußgänger und Fahrradfahrer. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum haben entscheidenden Einfluss darauf, dass sich die Menschen in den Stadtteilen wohl und sicher fühlen. Sie wollen ihre Umgebung als einen Ort empfinden, in dem „alles in Ordnung ist“. Sauberkeit ist aber auch ein herausragender weicher Standortfaktor. Der öffentliche Raum ist der Raum, der von der Politik noch am ehesten gestaltet werden kann. Er trägt wesentlich zur Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil bei.

Auf gesamtstädtischer Ebene muss eine Zusammenfassung und Vereinheitlichung der unterschiedlichen Reinigungskompetenzen im öffentlichen Raum in einer Hand erfolgen. Dabei ist eine verstärkte Einbeziehung der Bevölkerung (etwa über einen Bürgerbeirat, analog zum Fahrgastbeirat des HVV) zur begleitenden Begutachtung und Überprüfung des Sauberkeitsstandards im öffentlichen Raum anzustreben

Stadtgebiete mit besserer und schlechterer Reinigungsleistung darf es nicht geben. Ziel ist eine bedarfsgerechte

und „quartiersnahe“ Reinigung. Deshalb müssen sich Organisation und Durchführung (zum Beispiel hinsichtlich Häufigkeit und Zeitpunkt) der Reinigung an den Besonderheiten der Quartiere ausrichten wie

- Dichte der Bevölkerung,
- deren Fähigkeit zur Eigenleistung,
- der Dichte belastender Nutzungsfaktoren, wie intensive Gastronomie, hohe Publikumsfrequenzen.

Der kommunale Ordnungsdienst muss ortsnah in den Bezirken angebunden sein. In den jeweiligen Quartieren sollten persönliche Ansprechpartner benannt werden, die in erkennbarer Häufigkeit zur Fuß den Reinigungszustand kontrollieren und als Ansprechpartner für die örtliche Bevölkerung dienen.

Gerade in besonders belasteten Gebieten ist eine personell kontinuierliche Besetzung der Reinigungskräfte anzustreben.

Auch **Grünflächen** gehören zum öffentlichen Raum. Ein Mehr an Grünflächen ist wegen der Verdichtung der Flächen und wegen der Situation der öffentlichen Kassen wenig realistisch. Umso mehr kommt es darauf an, die Aufenthaltsqualität in den vorhandenen Grün- und Freiflächen so zu erhöhen, das sie optimal angenommen werden. Dabei kommt es insbesondere auf folgende Aspekte an:

- gepflegtes Erscheinungsbild der Grünflächen, insbesondere der Parks und Kinderspielplätze sowie Pflege der Bäume,
- Beseitigung dunkler Ecken und Müllansammlungen,



Viele europäische Metropolen setzen Licht im öffentlichen Raum ein, das auch zu mehr Sicherheit beiträgt. Hamburg hinkt noch hinterher.

- Beleuchtung von Parks und Grünflächen.

Die vom Senat vorgesehenen Kürzungen im Grünbereich sind der falsche Weg. Der öffentliche Raum muss eine höhere Priorität bekommen durch eine angemessene Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln. Die Handlungsfähigkeit der Grünabteilungen der Bezirke muss sichergestellt sein.

In belasteten Quartieren führen eine stark heterogene Bewohnerschaft, Nachbarschaftskonflikte, Kleinkriminalität, Vandalismus und verschmutztes Umfeld zu Überforderungen, denen immer weniger mit baulichen Maßnahmen allein begegnet werden kann.

Vielmehr sind ganzheitliche, fachämterübergreifende Ansätze, die die örtliche Sachkenntnis und die Inter-



Hamburg wird wegen seiner schönen Parks und der „grünen“ Stadtteile besonders geschätzt. Durch Ignoranz Einzelner

essenvertretung der Bewohner mit einbinden, erforderlich. Aber auch die Förderung sozial ausgeglichener Nachbarschaften ist dabei ein wichtiges Ziel.

Verbesserte Möglichkeiten der Bürgermitwirkung

Hamburg braucht ein Leitbild für seine Rolle in Europa und in der Welt, aber auch für die Gestaltung seiner inneren Strukturen für die Gewährleistung von Wohlfühlen und Lebensqualität in der Stadt.

Für die Entwicklung dieses Leitbilds ist die Mitwirkung der Bürger unverzichtbar. „Beteiligung statt Bevormundung“ muss das Leitmotiv sein: Die Bewohner sind als Experten ihres Lebensalltags wertvolle Wissensträger und die wichtigsten Akteure des Veränderungsprozesses. Diese Mitwirkung vor Ort kann durch direktes En-



kommt es vor allem in den Sommermonaten zu störender Vermüllung. Der neue Senat schafft dafür keine Abhilfe.

gagement oder durch die örtlichen Mandatsträger in Bezirksversammlungen und Ortsausschüssen erfolgen. Dazu gehört auch die Einbindung privater Akteure in die Verantwortung für die Lebensverhältnisse in der Stadt, Hilfe zur Selbsthilfe und Stärkung der Selbstverantwortung („Sponsoring statt Subvention“).

Die Vorgabe des Ziels einer „wachsenden Stadt“ von oben ist das Gegenteil lokaler Demokratie. Darüber können „Start-events“, Internetportale und Webdiskussionen nicht hinwegtäuschen, eine neue Steuerungsgruppe „Wohnbau- und Gewerbeflächen“ ohne Mitwirkung der Bezirke schon gar nicht.

Das Leitbild der wachsenden Stadt kann nur mit den Bezirken und nicht gegen sie entwickelt werden. Schließlich war es 1997 die CDU, die gemeinsam mit der GAL die Rechte der Bezirksversammlungen wieder erweitert und gestärkt hat. Verbindliche Mitwirkung in Landesangelegenheiten und Mitsprache bei der

Bauleitplanung durch die Bezirksversammlungen wurden intensiviert. Jetzt ist offensichtlich alles vergessen, der Senat will sein Konzept an den Bezirksversammlungen vorbei entwickeln und setzt sich damit in krassem Widerspruch zu seinen eigenen Ansprüchen an Lokale Demokratie, von denen selbst im Koalitionsvertrag noch die Rede ist.

Die Zukunft der Stadt kann nur dann gestaltet werden, wenn sie vor Ort mit den kommunalpolitischen Gremien gemeinsam und nicht gegen sie entwickelt wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden darüber wachen, dass die Bezirksversammlungen, Stadtplanungs- und Regionalausschüsse auf der einen, aber auch Bürgerbeteiligung, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf der anderen Seite, nicht unter die Räder kommen.



Frühzeitige Bürgerbeteiligung ist ein Element kommunaler Demokratie und sichert Akzeptanz von Entscheidungen



Hamburg ist eine Metropole mit Zukunft und kann im internationalen Wettbewerb bestehen. Dafür ist es unabdingbar, die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu stärken. Hinzukommen muss das Engagement für eine vielfältige und attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität. Für beides will sozialdemokratische Kommunalpolitik in gleicher Weise eintreten. Sie will gemeinsam mit den Bürgern und den Gremien vor Ort ihren Beitrag leisten, das Leitbild einer wirtschaftlich starken, lebenswerten und attraktiven Metropole zu verwirklichen.

Auch im Hamburger Rathaus spielt Kommunalpolitik durch das Prinzip der Einheitsgemeinde eine wichtige Rolle



Hans-Peter Strenge,
Staatsrat a.D.,
Vorsitzender der
SGK Hamburg

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) ist der Zusammenschluss der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SPD.

Im Februar 2002 wurde in Hamburg ein Landesverband der SGK gegründet. In ihm arbeiten die sozialdemokratischen Mandatsträger in den sieben Bezirken, die für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung zuständigen Bürgerschaftsabgeordneten und das zuständige Landesvorstandsmitglied der SPD mit. Die SGK steht aber auch allen anderen SPD-Funktions- und Mandatsträgern, interessierten Mitgliedern und der Sozialdemokratie nahestehenden und an Kommunalpolitik interessierten Menschen offen.

Mit der Gründung des SGK-Landesverbandes wurde ein Forum geschaffen, um gemeinsam sozialdemokratische Grundsätze in der Kommunalpolitik zu entwickeln und zu verwirklichen und um den Informationsfluss zwischen der Bürgerschaftsfraktion und den sieben Bezirksfraktionen zu institutionalisieren. Vorsitzender der SGK-Hamburg ist *Hans-Peter Strenge*, Staatsrat a.D. Seine Stellvertreter sind *Barbara Duden*, MdHB, und *Jan Quast*, MdHB. Geschäftsführerin ist *Christa Brockmann*.

Weitere Vorstandsmitglieder sind *Gerlind Böwer* (Eimsbüttel), *Thomas Domres* (Hamburg-Nord), *Jürgen Heimath* (Harburg), *Stefan Krappa* (Altona), *Dr. Christoph Krupp*, *Werner Omniczynski* (Bergedorf), *Ole T. Buschhüter* (Wandsbek), *Thomas Stölting* (Hamburg-Mitte) und *Thomas Völsch* (Schatzmeister). Revisoren sind *Andreas Dressel* und *Simone Kerlin*.



Die SGK-Hamburg entwickelt Arbeitshilfen und gibt Empfehlungen für die praktische Politik in den Bezirksversammlungen, Regionalausschüssen und kommunalen Körperschaften. Sie bietet die Möglichkeit der Teilnahme an Fachtagungen, Konferenzen und Seminaren zum Zwecke der Fortbildung und Information. Wir informieren Sie gerne über unseren weiteren Arbeitsfelder, die auch auf der Bundesebene liegen und freuen uns über neue Mitglieder.

Kontakt zur SGK Hamburg:

Christa Brockmann (Geschäftsführerin),
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg,
Telefon: 040-28 08 48 74, Fax: 040-28 08 48 18
E-Mail: christa.brockmann@sgk-hamburg.de
Internet: www.sgk-hamburg.de

V.i.S.d.P: Hans-Peter Strenge, SGK Hamburg e.V.
Titel: Stefan Krappa, Layout: S. Krappa, U. Lorenz
Fotos : S. Krappa, T. Adrian
Hamburg 2003